

Bezugspreise:

Die Halle monatlich bei zweimonatlicher
Lieferung 7,50 Mark, vierteljährlich
22,50 Mark, sechs Monate 42,00 Mark,
jährlich 84,00 Mark, einschließlich
Postgebühren. Bei Bestellung von allen Reichs-
postämtern angeschlossen. Im
einzelnen, Zeitungsverkaufsstellen unter
Beibehaltung des Verkaufspreises. Für
Anzeigen bei den Reichspostämtern
Preisliste nach dem Reichspostgesetz
vom 1. März 1921, § 1140, der Reichspost-
Verordnung vom 1. März 1921, § 1133, der Bezugs-
Preisliste Nr. 1133.

Morgen-Ausgabe.

Zweiteilung

Fünfundfünfzigster Jahrgang.

Anzeigenpreise:

Die 8 Spalten zu 24 mm breite
Zeilenlänge oder deren Raum 40 Pf.,
Samstagsausgabe 40 Pf., Resten
die 24 mm breite Zeilenlänge
2,50 Mark. Anzeigen nehmen am
untern Geschäftstisch in sämtlichen
Anzeigenbüros. Einmalige Anzeigen
6 Pf., Erweitert täglich 2 mal,
Sonntags und Haupt-Ge-
schäftstagen 1 mal. Haupt-Ge-
schäftstagen: Halle, Neue Dresdener
Straße 12, Gr. Sandstraße, 12
Neue Geschäftsstellen: Große
Königsstraße 22 und Markt 24.
Postfach-Raum Leipzig Nr. 224 12.

Nr. 445.

Halle, Freitag, den 23. September 1921.

Einzelpreis 30 Pf.

Sozialpolitischer Rückblick.

Der entscheidende Schlag der gemäßigten Richtung auf dem
Verbandswege der proletarisierten Metallarbeiter bedeutet
einen wesentlichen Umschwung in der Entwicklung der deutschen
Gewerkschaftsbewegung. Der deutsche Metallarbeiterverband
markierte stets an der Spitze des Reformismus. Wenn
in diesem Verbande heute die Kommunisten eine einflussreiche
Minderheit bilden und wenn die Mehrheit in der Verwaltung
von den Unabhängigen wieder auf die Mehrheitssozialistischen
Übergegangen ist, wenn die Generalversammlung die Ausschüsse
der Kommunisten mit der starken Mehrheit von 525 gegen
200 Stimmen beauftragte, so beweist das, daß die Gewerkschafts-
bewegung als solche in gemäßigter Bahnen einlenkt, und ver-
steht sich auf die zukünftigen sozialen Kämpfe ein ruhiges und
disziplinierendes Vorgehen. Das ist besonders wichtig in der
Verbandsarbeit, wo sich in letzter Zeit wieder recht bedenkliche
Gefährdung und Neigung zu Unentschieden und sonstigen
Gesundheitsgefahren bemerkbar gemacht haben. In diesem Sinne
berühmte, ist das nächste Vorkommen des deutschen
Arbeiterverbandes von besonderer Bedeutung. Der kürzlich
veröffentlichte Geschäftsbericht dieses Verbandes weist die
erstaunliche Ziffer von 522 000 männlichen und 174 000 weiblichen
Mitgliedern auf, während noch im Jahre 1913 kaum
20 000 Metallarbeiter organisiert waren. Diese Tatsache beweist
einerseits, daß auch unter den Metallarbeitern das alte patriarchale
Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer
aufgehoben ist, andererseits den Gewerkschaften in nachstehender
Richtung, daß die Arbeiterbewegung in geordnetem
gewerkschaftlichen Bahnen zu laufen. Kommunistische
Spaltungstendenzen sind an der Spitze der gewerkschaftlichen
Organisation gebührend. Es ist eine in der Gesamtheit gar nicht
hoch genug eingeschätzte Aufgabe, den Arbeitnehmern
gesellschaftliche Schulung und Disziplin beizubringen, damit
die Lohnkämpfe während der Ernte und sonstige bedenkliche
Ausstellungen wieder verhindert werden.

Die Lohnkämpfe, die infolge der Verteuerung aller
Lebensmittel entstanden sind, sind bis jetzt im allgemeinen
ruhig verlaufen. Bei gutem Willen im Lager der Arbeitgeber
wie der Arbeitnehmer sollte eine friedliche Verständigung über
den die Lebenshaltung notwendigen Lohn und Gehalts-
erhöhungen auch in Zukunft ohne Streiks möglich sein. Der
„Kriegsruhr“ konnte lediglich ein Scheitern der Deutschen
Arbeitnehmer, in dem diese einem amerikanischen Gewerkschafts-
führer auftrug, eine Familie von drei Personen hätte
gemeinsam zu ihnen einziehen in einer bewohnten
Wohnung. Eine Summe von 70 000 Mark jährlich brauchen; denn das
Sollen ist ungenügend in Deutschland reichlich
so teuer als in der Vorkriegszeit. Es wird auch auf der Unter-
nehmerseite zugegeben werden müssen, daß die heutigen
Löhne und Gehälter für diese Lasten noch in einem gewissen
Verhältnis stehen. Andererseits weiß man auf der Arbeit-
nehmerseite, daß eine solche Angleichung an die Lebens-
verhältnisse nur allmählich erfolgen kann, weil sonst sofort eine
Lebensverhältnisse die allgemeine Lebenshaltung wiederum
zerstören würde. Der Einfluß und Verhandlungswille auf
beiden Seiten kann also eine Angleichung auf mittlerer Linie nicht
allein führen sein.

Die Katastrophe von Oppau.

Eine Spende des Reichspräsidenten.

Berlin, 22. Sept. Der Reichspräsident überwie-
sen seinem Dispositionsfonds den Betrag von 250 000
Mark als Spende für die Opfer der Katastrophe von
Oppau.

Berlin, 22. Sept. Der Reichspräsident richtete an
die Regierung in Speyer nachstehendes Telegramm:
„Tieferschüttert durch die Nachricht, von dem Un-
glück in den Oppauer Werken spreche ich den bedauerns-
werten Hinterbliebenen der getöteten Arbeiter und An-
gehörigen meine herzlichste Teilnahme aus. Ich hoffe,
daß es der ärztlichen Pflege gelingt, die Schwerverletzten,
deren ich mit aufrichtigem Mitgefühl gedenke, zu retten.
Der materiellen Notlage der von dieser Katastrophe
Getroffenen vorzugehen, wird eine bringende Aufgabe
der Reichs- und Staatsbehörden und der menschen-
freundlichen Hilfe der Volksgenossen sein.“

Der Reichspräsident hat den Reichsanwalt gebeten, mit
tunlichster Beschleunigung eine Disposition für die
Opfer der Katastrophe in die Wege zu leiten.

Stille!

Berlin, 22. Sept. Der Reichsarbeitsminister hat
die Hauptverwaltungsämter Karlsruhe, Würzburg und
Frankfurt am Main angewiesen, der badischen Regierung
scharf zur Mitteilung für das Unglück in Oppau Worte,
Personal, Beuten und Sanitätspersonal in jeder Weise
zur Verfügung zu stellen.

Berlin, 22. Sept. Reichsarbeitsminister Brandt
legte sich heute ein Vertreter der Reichsregierung an den
Gesandten des Oppauer Explosionsunglücks, um mit
den dortigen Regierungsstellen über die Organisation
einer Kommission zu beraten. Eine Kommission soll sofort
in Oppau treffen. Weitere Mitteilungen über die
eingeleiteten Maßnahmen werden nachher.

Gegen den Wucher.

Maßnahmen der preussischen Regierung gegen wucherische Preissteigerungen.

Wie wir erfahren, hat der preussische Minister des Innern
folgenden Erlass an die Oberpräsidenten erlassen:
„Im Laufe der letzten Wochen hat auf fast allen Gebieten des
täglichsten Bedarfs, insbesondere bei Lebensmitteln, eine be-
achtliche Preissteigerung stattgefunden.“

Preissteigerung

eingetreten, daß viele Artikel der Bevölkerung von harter Be-
nützung ergriffen worden sind, die in einzelnen Fällen auch
bereits zu Ausschreitungen geführt hat. Es läßt sich nicht ver-
kennen, daß das starke Sinken des deutschen Geldwertes, wie
in einzelnen Bezirken und für gewisse Erzeugnisse hinter
den Erwartungen zurückgebliebenen Ergebnis der Ernte ein An-
zeichen der Preise zur Folge haben mußte. Jedoch sind allent-
halb Preissteigerungen zu beobachten, deren Uebermaß in
seinem Verhältnis zu den erdachten wirtschaftlichen
Ursachen liegt. Es ist eine offenkundige Tatsache, daß zahlreiche
Erzeuger und Händler sich die wirtschaftlich begründete Teue-
rungswelle zunutze machen, um die Preise für ihre Erzeugnisse
und Waren weit über das Maß der gesteigerten Selbstkosten aus-
zuhebeln zu erhöhen. Die Preissteigerung erstreckt
sich erkennbar vielfach auch auf solche Gegenstände, die von den
Veräußern noch bei geringerer Wirtschaftslage der verhält-
nismäßig billig erstanden und weiterhin auf dem Markt
gehalten sind. Es gewinnt weiterhin den An-
schein, daß manigfache Erzeugnisse, nach denen starke Nachfrage
besteht, künstlich zurückgehalten werden, um sie später
um so größerem Nutzen verkaufen zu können. Ganz be-
sonders verwerflich ist die zu allem vielfach festgestellte
gräßliche Verfälschung wichtiger Lebensmittel,
die den Wuchercharakter an sich schon ungerechtfertigt hoher
Preise noch bedeutend erhöhen.

Derartige unzulässige Erhöhungen bedeuten eine Schädigung
höchster Art unseres Wirtschafts- und Volkslebens. Erfährt
die wirtschaftliche Spannung durch solche Maßnahmen noch
eine weitere Erhöhung, so sind die Folgen unvorstellbar. Es
daher unabweisbare Pflicht der zuständigen Stellen, mit
allen Mitteln und größtem Nachdruck dagegen
vorzugehen.

Erzeuger und Händler müssen zu der Ueberzeugung gebracht
werden, daß die staatlichen Organe gegen solche, den Ver-
braucher und damit die Allgemeinheit schädigenden Wucher-
schäften unanfechtlich einschreiten; auf der anderen Seite muß
in den Kreisen der Verbraucher die Zuversicht gestärkt werden,
Ausbeutung zu begegnen.

Ich erlaube daher alle nachgeordneten Dienststellen, die
bei der Ernte gewirkt und in der Lage ist, der wucherischen
Preise für Gegenstände des täglichen Bedarfs, insbesondere der

In der heutigen Sitzung beschloß der Finanzaus-
schuß des heiligen Landtages einen Kredit von
einer Million Mark für Ludwigsbäsen zur Ver-
fügung zu stellen. Außerdem wird die Regierung und
Finanzausschuß des Landtages eine allgemeine Sammlung
im ganzen Lande veranstalten und unterstützen.

Franciaische Spende.

Mainz, 22. Sept. Wie mitgeteilt wird, sich der
franciaische Oberkommissar in den Rheinlanden Einar
den Arbeitergewerkschaften in Ludwigsbäsen als erste Ver-
sätze für die Familien der Opfer des Unglücks in Oppau
75 000 Mark überreichen.

Zahlreiche Erbteilungen

unter den Oppauer Verwundeten.

Ludwigsbäsen, 22. Sept. Die Zahl der gesamten Ver-
letzte in den Oppauer Werken betrug im Augenblick der
Katastrophe 2224 Mann. Unter den Verwundeten befinden
sich sehr viele, die erkranken sind. In die Heilbehälter
Augenklinik sind bereits 40 Erbteilungen eingeliefert worden.

Eine Mitteilung der Direktion.

Ludwigsbäsen, 22. Sept. Die Direktion der
„Badischen Anilin- und Soda-Fabrik“ teilt
mit: Leider müssen wir die Wahrnehmung machen, daß die
Explosionskatastrophe, von der unser Oppauer Werk heim-
geführt wurde, und die ohnedies schwer genug ist, in der
Presse stark übertrieben wird. Um der schon zu stark in
Mitleidenschaft gezogenen Bevölkerung unnötige und
weitere Aufregungen zu ersparen, richten wir an die Presse
die bringende Bitte, nur verbürgte Tatsachen mitzuteilen
und von der Wiedererzählung der zahlreichen im Umlauf be-
findlichen unkontrollierbaren Gerüchte abzuhellen. Wie
gesehen, so werden wir auch weiter jeweils Nachrichten
geben, sobald Entschuldigungs- und
Wirkungen der Explosionen tatsächliche fest-
gestellt sind, was bei der Größe und dem Umlange der
Katastrophe noch einige Zeit in Anspruch nimmt. Nach
und nach geben aber zugegangenen Nachrichten sind bis
jetzt insgesamt 244 Tote zu beklagen. Mit einer
weiteren Erhöhung der Zahl der Toten und Verwundeten
ist zu rechnen, zumal etwa 70 Verletzte vermisst sind.
Die Mitteilung, daß die ganze Fabrik Oppau zerstört
ist, ist unrichtig. Die eigentlichen Fabrikations-

Lebensmittel einer eingehenden und sorgfältigen
den Ueberwachung zu unterziehen. Die Zulässig-
keit der Preissteigerungen ist durch Prüfung der Ein- und
Verkaufspreise fortlaufend zu prüfen und dabei insbesondere
Scheitern, oder bereits früher bezogene und billiger eingelaufte,
legere Waren zurückgehalten oder jezt zu überhöhten Preisen
verkauft werden.

Den wucherischen Wucherungen muß unter allen Um-
ständen und mit größter Entschiedenheit, besonders nach
Maßgabe der Verordnung gegen Preissteigerungen vom 3. März
1918 (Reichsgesetzbl. S. 380) und des Gesetzes über Ver-
sicherung der Strafen gegen Scheinhandel, Preissteigerung
und verbundene Ausfuhr lebenswichtiger Gegenstände vom
18. Dezember 1920 (Reichsgesetzbl. S. 2107) entgegen-
getreten werden.

Zur Bekämpfung von Wucher, Scheinhandel und anderen
unzulässigen Erhöhungen auf dem Gebiet sind an erster Stelle
die für diese Zwecke an allen wichtigsten Orten geschaffenen
polizeilichen Ausschüsse heranzuziehen. In Anbetracht der
Bedeutung dieser Aufgabe muß über die gesamte
Polizei, soweit irgend möglich, dienbar gemacht werden.
Insoweit die Beamten der Staatspolizei bei dem gegen-
wärtigen Stande ihrer polizeilichen Ausbildung bei der Bearbeitung
derartiger Aufgaben geschäftlich sind, will ich der Ver-
weigerung der einzelnen Ortspolizeiverwalter überlassen; je-
denfalls werden die im Straßendienst eingesetzten Schutzpolizei-
beamten nach besonderer Unterweisung über die maßgebenden
Gesichtspunkte für einfachere Verordnungen der Wucher-
bekämpfung herangezogen werden können, insbesondere werden sie
auf den Wunsch der Badenpolizei achten können,
soweit solche vorgeschrieben sind. Die Polizeibehörden müssen
sich dessen bewußt sein, daß es nicht nur ihre Pflicht ist, allen-
falls den Kreisen der Verbraucher oder anderen Personen zu
gehenden Beschwerden über Wucherungen zu untersuchen und
nachzugehen, sondern, daß sie auch eine wichtige Aufgabe haben,
aus den Preisen im Handel mit Gegenständen des täglichen
Bedarfs ein offenes Auge zuwenden haben. — Besonders ver-
weil ich noch auf die Bekanntmachung zur Fernhaltung von
unzulässiger Personen vom Handel vom 25. 9. 1918
(Reichsgesetzbl. S. 603), von der in weitgehendem Maße
Gebrauch zu machen ist.

Im übrigen ist es dringend geboten, die zuständigen Finanz-
und Umfahnteamer auf die Gefahr mit hohen und über-
mäßigen Preisen zwecks finanzieller Ausbeutung
aufmerksam zu machen. Dies hat seitens der Polizeibehörden
in möglichst weitem Umfange zu geschehen.

einrichtungen sind verhältnismäßig wenig
bedenklich. Wir hoffen daher, daß die Herstellung des
Ammoniumsalzes schon in einigen Monaten wieder auf-
genommen werden kann. In den Werken in Ludwigs-
bäsen laufen die Betriebe ungehindert.

Unsere größte Sorge.

In der neuesten Nummer der Europäischen Staats- und
Wirtschaftszeitung äußert sich der Reichsanwalt
Birch über „Obersteleiten — unsere größte Sorge!“
Er sagt u. a.:

„Solange nicht die Entscheidung über das Schicksal
dieses Landes gefallen ist, solange können wir alle nicht
ruhig atmen. Wie kann die politische Lage ist, wenn die
letzte Entscheidung im Gegensatz zu Recht und Gerechtigkeit
gefallen wird, das kann heute kein Mensch mit Sicherheit
sagen. Soviel ist aber sicher, daß dann die Zukunft für
das obersteleiten und das deutsche Volk aber eine
schweren wird.“ Der Reichsanwalt verweist dann auf die
einleitenden Worte der Boller-Bundversammlung, die es
sicherlich bezeugen, Gerechtigkeit herrschen zu lassen und
fährt fort: „Wenn sich der Boller-Bundrat bei seinen
Vorstellungen von diesem Grundsatze leiten läßt, dann kann
die obersteleiten Frage gelöst werden. Wir wollen nichts
andere als Gerechtigkeit und nur Gerechtigkeit, die auf
dem Selbstbestimmungsrechte der Völker ruht,
kann dem obersteleiten Volke den Frieden geben, den es
beizubringen als alles andere braucht. Wir weitestern nicht
um die Gunst irgendeines Vertreters im Boller-Bundrat
und im Obersten Rate. Wir hoffen auf Gerechtigkeit, weil
das ganze deutsche Volk ohne Unterschied der Partei von
dem Gedanken unseres Rechtes erfüllt ist. Eine Gattin-
schaft dieser Hoffnung wäre einfach unerschütterlich und zwar
nicht nur für das deutsche Volk allein, sondern für alle,
die noch an einen Sieg des Rechts in der Welt glauben.“

Graf Lerchenfeld kommt nach Berlin.

Wie wir aus informierter Quelle wissen, trifft der
neue bayerische Ministerpräsident Graf Lerchenfeld
am Samstag in Berlin ein, um persönlich mit dem Reichs-
kanzler Dr. Brüning und dem Reichsminister des Innern
zu verhandeln. In unterrichteten Kreisen heißt man sehr
interessiert, daß es gelingen wird, die Lage in der
Oppauer Katastrophe zu lösen.

Valutaniedergang und Konjunkturaufschwung.

D. R. Mit jedem Tage tritt die geschäftliche Belebung in Deutschland, die in erster und letzter Linie eine Folge der Verschlechterung des Marktkurses ist, deutlicher hervor. Den wichtigsten Zweigen, die im Juni und Juli die Schrittmacher der wirtschaftlichen Erholung waren, sind noch weitere gefolgt, und heute sind wir so weit, daß die neue Konjunktur fast im ganzen Bereich der deutschen Wirtschaft wieder flott angekertert ist. Man beschränkt diese Wendung nicht selten als Scheinkonjunktur. Das wäre nicht zuzutreffend, wenn man dabei an den inflatorischen Untergrund, den eine rapide Entwertung erlebenden Papiermarken dächte. Doch auch draußen, auf dem Weltmarkt, und sogar in hochentwickelten Ländern wie Großbritannien treten da und dort Merkmale einer wiederwachsenden Betriebsamkeit hervor, von denen man freilich noch nicht unzweifelhaft behaupten kann, ob sie schon als erste Anzeichen der endgültigen Ueberwindung der internationalen Wirtschaftskrise anzusehen sind. Im übrigen ist zu sagen, daß die Realität der von der deutschen Inflationskurve ausgehenden Wirkungen sehr deutlich zu spüren ist. Vom kapitalistischen Börslanier bis zum kleinen Bauernknecht, vom Industriefabrikanten bis zum Rentnerwittwe machen sie sich geltend. Und sie sind erwerbsfördernd von sehr unterschiedlicher und zweifelsfreier Natur. Auf der einen Seite zunehmende Erschöpfung der Lebensbedingungen für die breite Masse der Konsumenten — ein betragsreiches Höherhängen des Brotpreises, das für manche, denen die Verhältnisse keinen Spielraum in ihren Erwerbsmöglichkeiten mehr gewähren, geradezu Existenzvernichtung bedeuten kann. Allein dem steht wieder eine merklich gehobene Lage der Produktionsphäre und damit auch des Arbeitsmarktes, Regelmäßigkeit in Handel und Wandel gegenüber, und Hand in Hand damit geht das Emporsinken der Preise der Gewinne aus dem Inland und stellenweise aus der Ausfuhr, ferner aber auch — und ohne zureichenden Zwischenhalt — das allmähliche Aufwärtsgehen der Löhne. Eine andere Begleiterscheinung ist das mengenmäßige Zurückbleiben des Angebots hinter der Nachfrage, die Verknappung der Warenvorräte auf der ganzen Linie.

Diese Verknappung ist kennzeichnend für den Charakter der Konjunktur. Mit einem Male steigen die Dinge so, daß weder Produzenten noch Konsumenten sich dem plötzlich eingetretenen Warenmangel gewöhnen zeigen. Hatte sich im vorigen Jahr bei foudemdem Geschäft in Industrie und Handel wieder mehr Neigung offenbart, bei der Rundschau durch Reisende oder Vertreter persönlich werden zu lassen, hatte man zugleich auch von der, nur im höchsten härtesten Warenmangel durchgeschlagenen Schärfe der Preissteigerungen und Zahlungsbedingungen einiges abgeahnt. Ist gegenwärtig festzustellen, daß der Anbieter wieder bereitwillig auf den Markt tritt und daß auch abgelegene Zentren der Warenzirkulation von Kaufkräften wieder bereitwillig angezogen werden. Denn es fehlt vor allem an sogenannten „Prämien- oder „Greifbar“ Ware. Bei Textilzeugnissen z. B. herrscht in den Lagern des Einzelhandels völlige Obhut, die Baumwollwebereien sind bis zum Ende des Jahres ausverkauft, und schon hat man begonnen, für das erste oder gar das zweite Viertel des nächsten Jahres Aufträge zu erteilen. Am Eisenmarkt ein ähnliches Bild, das erkennen läßt, wie viel Schwierigkeiten sich der Unterbringung neuer Aufträge entgegenstellen. Nur so ist es erklärlich, daß letzten verhältnismäßig lohnungsfähige und begünstigte Werke von deutschen Auftraggebern stärker zu Hilfe genommen wurden.

Die Umstände in einzelnen genau zu ermitteln, die die Knappheit auf den Warenmärkten so sehr beschleunigt haben, ist natürlich eine Unmöglichkeit. Wir treffen da in letzterem Richtung Angst vor weiterer Teuerung und Verknappung, Spekulationsrisikofurchen, teilweise auch wirtschaftliche Maßnahmen zur Befreiung der Gemeine und wirtschaftlichen Bedarfs zusammen und zwar in einer Weise, die wohl zur Ueberbrückung dieses Bedarfs verhilft und die auch mitunter Preissteigerungen über das wirtschaftlich gerechtfertigte Maß hinaus vorwärts treibt.

Solden Ansätzen gegenüber ist ein warmerer Hinweis gewiß nicht überflüssig. Die Erfahrungen der Nachkriegszeit bieten genug Beispiele dafür — man betrachte nur das Textilgewerbe —, mit welcher schweren Verlusten leichtfertige Verknappung der vorhandenen Güter und namentlich ein spekulatives Verhalten ein von Warenkauf und Valutageschäften oft begleitet werden können. Die Unberechenbarkeit wieder in normalen Zeiten ziemlich zuverlässig zu beurteilender Dinge, die Unmöglichkeit eines Zinswunders auf längere Fristen, die erhebliche Mehrung der geschäftlichen Wagnisse im allgemeinen — das alles sollte Handel und Gewerbe zur Vorsicht und zur Heranziehung aller Weisheit mahnen, die geeignet sind, das Risiko zu mindern. An Uebertragungen ist die Zeit merkwürdig reich, und gar mancher hat es schon zu seinem Schaden erlebt. Welche Millionenverluste erleiden beispielsweise jene eifrigsten Textilfabriken, die sich unterliegen, die Marktverträge aus ihren deutschen Warenlieferungen „durchzuhalten“ in der Hoffnung auf eine Richtungsänderung von Werten der Welt! Jetzt, da das Gegenteil eingetreten und der Markt auf etwa 7/8 Markt gelegen ist, müssen solche Wagnisgänger betrauert werden.

Man muß jedoch bedenken, daß, wie auch immer die weitere Entwicklung gehen möge, gewisse Sorgen unabweislich sind. Bei einer Marktschwächung würde ungewissheit viel mehr an Kapitalvermögen verlieren gehen. Aber selbst bei fortwährender Entwertung der Markts könnten die Räume der Konjunktur nicht in den Himmel wachsend aus dem einzigen Grunde, weil immer zahlreichere Verbraucherschichten durch die Uebertragung der Waren der finanziellen Nöte ausgehen müßte, also der „Kaufkraft“ wieder einen Strich durch die — unwirtschaftlich ge-

sprochen — schönsten Erwartungen der Kaufmannschaft machen würde. Man könnte dem entgegenhalten, daß mit jeder weiteren Verschlechterung des Marktkurses auch die Geschäftsmöglichkeiten der Warenzufuhr sich mehren. Indes darf man nicht vergessen, daß die Kaufmannschaft nicht nur der Warenzufuhr gegenüber, sondern auch dem Absatz in den meisten Ländern lange vorrückend in gewissen gebirgigen Wirtschaftslagen steht, daß draußen in der Kriegszeit mancherorts Vorratsumstellungen fast gar nicht mehr möglich sind, daß aber auch die Zollgesetzgebung einer ganzen Anzahl Staaten und den Absatz in der Fremde immer mehr erschwert. Wir werden behaupten müssen, im Verhandlungswege einiges von den Schwierigkeiten dieser Art abzubauen. Das und das Gelingen, darauf dürfen wir immerhin einige Hoffnung setzen. Denn der Weltmarkt kann — das haben die Kriegsjahre gezeigt — deutsche Arbeit nicht so leicht entbehren. Umgekehrt ist es freilich auch eine Selbstverständlichkeit, daß ein 65 Millionen-Volk mit einer so gigantischen Industrieausstattung wie Deutschland unbedingt verkommen müßte, wenn ihm kein starker Absatz auf den ausländischen Märkten möglich bliebe.

Die deutsche Gen. gung an Argentinien.

In Erfüllung des der argentinischen Regierung gegebenen Versprechens fand gestern mittag auf dem im Kieler Hafen liegenden Linienschiff „Hannover“ die feierliche Huldigung der argentinischen Flotte statt. Der Akt, dem eine argentinische Abordnung unter Führung des argentinischen Generals in Berlin, Molina und eine deutsche Kommission unter Führung des Militärattachés Simson des Vertreters der deutschen Reichsregierung bewohnten, war gedacht, als nachträgliche ritterliche Genugtuung für zwei während des Krieges durch deutsche U-Boote versenkte argentinische Dampfer.

Erzbergers Mörder in der Schweiz.

München, 22. Sept. (Eig. Drahtber.) Die „Münchener Neuesten Nachrichten“ melden aus Genf, daß sich die Mörder Erzbergers sehr wahrscheinlich in der Schweiz geflüchtet haben und sich in der Dalmatiner aufhalten. Die Schweizer Polizei ist eifrig bei der Arbeit und den Wörtern bereits auf der Spur.

Konfessionelle Zusammenkünfte.

Berlin, 22. Sept. In Belfast ereigneten sich gestern Abend erneut Zusammenkünfte zwischen Katholiken und Protestanten. Stellenweise benutzten die Rühreiferer Flinten, Maschinengewehre und Handgranaten. Zwei junge Leute wurden schwer verwundet.

Polnisch-französische Freundschaft.

Paris, 22. September. Der polnische Ministerpräsident Piontkowski sandte ein Begrüßungstelegramm an Briand, in dem er sich äußert, daß die neue polnische Regierung ganz besonders die Politik enger Freundschaft und Zusammenarbeit mit Frankreich verfolgen werde. Briand antwortete, er werde sehr erfreut sein, die engere Zusammenarbeit mit der polnischen Regierung festzusetzen und die Bande gegenwärtiger Freundschaft und Vertrauens stets enger zu knüpfen, um den Frieden zum Schutze und Gedeihen der beiden Länder zu sichern.

Erweiterung des Programms der Washingtoner Konferenz.

England für Beprechung des Reparationsproblems.

London, 22. September. Die Times melden aus Washington, in letzter Zeit wachse, wenn auch nicht in amtlichen Kreisen, so doch unter den führenden Männern der Finanz- und Geschäftswelt die Ueberzeugung, daß das Programm der Washingtoner Konferenz erweitert und auf Japan und die Mittelmeerländer ausgedehnt werden müsse. Es werde geltend gemacht, daß die Einsprüche der Alliierten nur ein „Büßen der Oberfläche“ bedeuten würde und daß die Hauptursache des augenblicklichen wirtschaftlichen Durcheinanders die Bezahlung der Reparationsforderungen sei. Diese Finanz- und Geschäftswelt hätten Informationen erhalten, die sie davon überzeugten, daß, wenn die nächste Reparationszahlung fällig werde, die Arzlis, die größer sei als irgend eine bisher bekannte, nur durch ein Wunder vermieden werden könnte. Aus Anlaß dieser Kunde sei daher eine Neuermessung der Reparationsforderungen notwendig. Sie gäben jedoch zu, daß die Vereinigten Staaten in voller Anwartschaft auf solche nun dann teilnehmen könnten, wenn sie sich bereit erklärten, die Reparationsforderungen zu vermindern. Es werde, eingeleitet, daß eine rein wirtschaftliche Behandlung dieser Frage nicht annehmbar sein würde in einer Welt, die zum großen Teil von politischen und sentimentalen Erwägungen geleitet werde. Der Vorschlag, die Schulden der Alliierten an Amerika zu streichen, würde in den Vereinigten Staaten genau so abgelehnt werden, wie in den Alliierten Ländern eine Milderung der deutschen Reparationsbedingungen. Immerhin seien in den Vereinigten Staaten, die wahrscheinlich das Hauptinteresse für eine solche Regelung seien, bereits vernünftige Kräfte am Werk.

Regierungskreise in Deutschland.

In Zusammenhang mit den letzten innerpolitischen Vorgängen und unter Hinweis auf die Schwierigkeiten in der weltwirtschaftlichen Frage, sowie die noch ungelösten Kreditfragen nehmen die Blätter von Gerichten über eine bevorstehende Regierungskrise Notiz. Die Neue Freie Presse schreibt hierzu: Der Gedanke einer Umbildung des Kabinetts beim Wiederbeginn der parlamentarischen Tätigkeit ist nicht neu. Die Regierung schwebt in der Luft und ankert sich nur durch politische Ereignisse immerhalb weniger Stunden zusammengefaßt werden müßte, trug schon damals in gewisser Beziehung

provisorischen Charakter. Jetzt wird eine Rekonstruktion des Kabinetts aktuell. Es ist kein Geheimnis, daß seit Wochen daran gearbeitet wird, die Voraussetzungen hierfür zu schaffen. Der Schwerpunkt liegt auf wirtschaftlichem und finanziellem Gebiet. In dem Gedanken, alle politischen Parteien zur Mitarbeit heranzuziehen, treffen sich die Wünsche des Bundesministers Schöber und die Wünsche der sozialdemokratischen Opposition. Die Herbeiführung wird mit Verhandlungen über die Umbildung des Kabinetts eingeleitet werden.

In den Völkerbund aufgenommen.

Genf, 22. Sept. E. Hand, Pettland und Etiauen sind mit Zweidrittelmehrheit in den Völkerbund aufgenommen worden.

Das Frauenwahlrecht in Belgien.

Der belgische Senat hat mit 58 gegen 44 Stimmen einen Gesetzentwurf angenommen, der den Frauen das Wahlrecht bei den Provinzialwahlen verleiht. Die Kammer hat diesen Entwurf abgelehnt, so daß die Ueberrumpelung des Senates einen Konflikt schafft, der die Auflösung der beiden Häuser notwendig machen könnte.

Ende des Generalkriegs in Koubaik.

Wie Paris aus Koubaik meldet, haben gestern große Versammlungen der Streikenden stattgefunden. In denen über die Lage berichtet wurde. Es heißt, der Generalkrieg sei tatsächlich zu Ende. Es bleibt nur noch übrig, diesen Beschluß des Streikausschusses durch eine Versammlung der unabhängigen Belegschaften zu lassen. Von heute an, spätestens morgen nehmen alle Arbeiter die Arbeit wieder auf.

Die Lage in Kleinasien.

Die griechischen Verluste. Die von der griechischen Armee im Verlaufe der Saffaria-Schlacht und während des Rückzuges erlittenen Verluste sollen über zwanzigtausend Mann übersteigen. Die vom Stumpfsteher ergriffenen sind nicht eingerechnet. Die Folgen der Besetzung des Sirt-Hilars durch die kemalistischen Truppen machen sich jetzt durch den Druck bemerkbar. Die Griechen, die gezwungen sind, ihre Rückzugslinie zu ändern, ziehen sich nunmehr gegen Norden zurück, in gleicher Richtung mit der Eisenbahnlinie, die nach Gesehazit führt.

Der Vormarsch der Türken.

Paris, 22. September. Eine kemalistische Mitteilung befragt: Unts des Saffaria wird die Verfolgung des Feindes fortgesetzt. Die Türken fahren fort, Maschinengewehre, Automobile und anderes zurückerlangenes Material einzulagern. Ueber den Saffaria werden Brücken geschlagen. Brückenbau und anderes Material werden erbeutet, da es die Griechen nicht in Sicherheit bringen konnten.

Die Friedensausläufer.

Goves meldet aus Athen: In Regierungskreisen fährt man fort, vollkommenes Stillstehen über die Art und Weise, in der die Friedensverhandlungen begonnen werden sollen, zu betonen. Es verleiht, daß Griechenland nicht direkt mit den Kemalisten verhandeln, sondern die Friedensverhandlungen durch Vermittlung der Alliierten anbahnen wird, die die Bürgschaft für die Durchführung des abzuschließenden Vertrages übernehmen werden.

Japanische Flottenmanöver im Pazifik.

Die japanischen Flottenmanöver dieses Jahres kommt eine außerordentliche Bedeutung zu, und zwar hauptsächlich deswegen, weil sie sich zum Teil im Stillen Ozean abspielen. In den Manövern nahmen drei Geschwader teil: das erste hatte als Vorgesetzter Admiral Terauchi, das zweite Admiral Saito, das dritte Admiral Yamamoto. Die Manöver umfassen die Ueberprüfung der Operationsfähigkeit der Flotte, die von dem Admiral Saito geleitet werden, aufgeben. Den Manövern lag folgender Plan zu Grunde: Die beteiligten Schiffe wurden in zwei Flotten geteilt. Die eine fließte die japanische Schiffsflotte vor, die andere ein feindliches Geschwader, das mit voller Sicherheit durch die Meerengen von Korea und Japanisch in das Japanische Meer einzudringen suchte. Der Zweck der Manöver war nun der, festzustellen, ob die japanische Flotte (fast) genug wäre, um gleichzeitig die japanische Flotte am Stillen Ozean gegen einen Angriff von der See aus zu schützen und die Zugangslinien zum Japanischen Meer zu verteidigen.

Halle und Umgebung.

Halle, den 23. September 1921.

Der Einheitsgedanke in der Angestelltenbewegung.

Wie uns von berufener Seite mitgeteilt wird, greift der Einheitsgedanke in der Angestelltenbewegung erfreulicherweise immer mehr um sich. Das Ausdruckswort in dieser Beziehung war im November 1920 in Magdeburg stattgefundenen Zusammenkunft über großer Verbände (D.D.B., D.N.B. und B.D.A.) zum Generalkongress der Angestellten (G.D.A.), der eine einheitliche Zusammenfassung der mündlichen und schriftlichen Angelegenheiten und Lehrlinge in kaufmännischen und technischen Betrieben, in Büros und Verwaltungen darstellte.

Die Gedanken der Einigkeit, der Gemeinschaft und des Zusammenhalts über deutschen Vaterlande haben den lautesten Widerhall gefunden. Sie waren die Triebkräfte, die den über den Tag hinausgehenden Angestellten den Anstoß gaben, alles Kleinliche, Zerstückelnde und Gefährliche der Einheitsbewegung zu bekämpfen und die große gemeinsame Sache zu finden, auf der alle Angestellten sich zu gemeinsamer Arbeit zusammenfinden können. Die Unterbrechung nach der Beendigung der einzelnen Angestellten ist überflüssig. Das umfassen große Teile der Angestellten immer lebhafter. Machen diese Ueberlegungen noch lauter vor den Betrieben liegt fast, in denen die verschiedenen Angestelltenverbände ein gemeinsames Betriebsziel hatten. Bestätigung ist Schlußpunkt. Das kann nur aus Beobachtungen über Betriebszustände gewonnen werden.

